

74. Generalversammlung
14. Mai 2003

MEDIENMITTEILUNG

Das Gesundheitswesen der Schweiz braucht dringend Grundsatzentscheide

Anlässlich der 74. Generalversammlung des nationalen Spitalverbandes H+ in Schwyz haben seine Vertreter neben den üblichen Geschäften vor allem zwei Themen in den Vordergrund gerückt: Die Widersprüche der 2. KVG-Revision vor der Behandlung im Nationalrat und den Grundsatzentscheid über das zukünftige Finanzierungssystem der Fallpauschalen. Ein Grundsatzentscheid von grosser Tragweite, der voraussichtlich noch in diesem Jahr die Weichen stellen wird über die neue Gesundheitsversorgung der Schweiz.

Noch keine Version der 2. KVG-Revision hat soviel Widersprüche zwischen planerischen und wettbewerblichen Bestimmungen enthalten. Wie sollen Spitäler ihre Wirtschaftlichkeit beweisen, wenn sie Leistungen produzieren, jedoch praktisch alle dazu benötigten unternehmerischen Instrumente fremdbestimmt sind? Die Ausgangssituation für die Spitäler könnte vor der Diskussion im Nationalrat kaum brisanter sein.

Die Mängel der 2. KVG-Revision aus der Sicht des Spitalverbandes H+ sind unter anderem die folgenden: Keine Klärung der Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen, die Kantone bleiben im dual fixen System Finanzierer, Planer und Betreiber ihrer Spitäler. Ausserdem gibt es keinen unternehmerischen Gestaltungsraum für die Spitäler (Investitions-, Personal-, Lohnentscheide und andere Führungsinstrumente) und keine Hinweise auf die Kriterien der Spitalplanung, ebenso wenig wie ein Hinweis auf Kriterien für die sogenannten „gleich langen Spiesse“ zwischen öffentlichen und privaten Spitälern. Es bleiben im Gesetz die weiterhin konzeptionslose Durchmischung von planerischen und wettbewerblichen Elementen und schliesslich die Implikation „Monist = Krankenkasse“.

Paradigmenwechsel in der Gesundheitsversorgung der Schweiz

In der 2. KVG Revision sieht der Gesetzgeber leistungsbezogene Pauschalen für die Vergütung der stationären Behandlung vor. Dabei erachtet es der Bundesrat in erster Linie als Sache der Tarifpartner, gesamtschweizerisch einheitliche Regeln zu erarbeiten. Mit der Wahl des Systems werden mittels der Vergütung die Weichen für die zukünftige Planung, Bereitstellung und Durchführung der stationären Versorgungsleistungen gestellt. Ein Grundsatzentscheid, der voraussichtlich für die ganze Schweiz noch in diesem Jahr getroffen wird.

Die Einführung von Fallpauschalen, wie in der 2. KVG Revision vorgesehen, kann zu Problemen der Versorgungssicherheit und zu einer Zweiklassenmedizin führen. Die richtige Auswahl des geeigneten Systems verhindert eine solche Entwicklung. H+ setzt sich daher ein für ein verfeinertes, nicht kommerzielles System, das modernen Ansprüchen genügt. Der nationale Spitalverband warnt vor Systemen, die einen verantwortungsvollen Paradigmenwechsel verunmöglichen.

Weitere Informationen:

H+ Die Spitäler der Schweiz, Reinhard Voegele, Kommunikation, Tel 079 571 00 00